



22.3928

**Motion Salzmann Werner.
Stärkung
der einheimischen Gemüseproduktion****Motion Salzmann Werner.
Renforcer
la production maraîchère indigène**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.22

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.03.23

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Salzmann Werner (V, BE): Zuerst möchte ich meine Interessenbindungen offenlegen: Ich bin Präsident des Verbandes der Schweizer Gemüseproduzenten.

Im Sommer 2021 mussten in der Region Yverdon mehrere Tonnen Tomaten vernichtet werden, weil der Detailhandel Importtomaten bevorzugt hatte; das Fernsehen – RTS – berichtete darüber. Leider handelt es sich nicht um einen Einzelfall. Preis kommt zunehmend vor Nachhaltigkeit und Herkunft.

Die Motion will diesen Trend eindämmen und fordert eine Aktualisierung der effektiv bewirtschafteten Phasen. Im Grund geht es um einen rein administrativen Akt, durch welchen Food Waste reduziert und der einheimischen Produktion der Rücken gestärkt wird für die Transformation hin zur Nachhaltigkeit. Mit der Annahme der Motion schreibt das Parlament keine technischen Details fest. Es fordert vom Bundesrat lediglich, die vor dreissig Jahren festgelegten Bestimmungen an die heutigen Produktionsmethoden und Konsumgewohnheiten anzupassen. Wichtig ist: Die WTO sieht diesen Spielraum explizit vor. Da auch Kürzungen vorgeschlagen werden, kann nicht von einem Ausbau des Grenzschutzes gesprochen werden.

Wir produzieren und essen nicht mehr wie vor dreissig Jahren. In der Schweizer Gemüseproduktion spielen Direktzahlungen eine stark untergeordnete Rolle. Darum wollen und müssen die Betriebe ihre Wertschöpfung auf dem Markt erzielen. Unterstützt werden sie durch ein marktorientiertes Importregime, welches zu jeder Zeit Importe zulässt. In der Hauptsaison, also innerhalb der bewirtschafteten Phase, gewährt das System der einheimischen Produktion durch erhöhte Zolltarife einen gewissen Schutz vor der sehr günstigen europäischen Konkurrenz. Bei Bedarf kann das BLW jederzeit Kontingente für die inländische Versorgung zum Nulltarif sprechen. Diese bewirtschafteten Phasen wurden vor bald dreissig Jahren bei der WTO hinterlegt und umfassen rund 55 Produkte.

Innerhalb der Schweiz hat man sich auf effektiv bewirtschaftete Phasen geeinigt, welche den WTO-Rahmen einhalten, aber nicht ausschöpfen. Tomaten gibt es etwa ab Ende April. Heute greift der Zollschatz erst ab dem 1. Juni, bei Cherrytomaten sogar erst ab dem 11. Juni. Gemäss WTO wäre ein Grenzschutz in beiden Fällen bereits ab dem 1. Mai möglich. Wenn die einheimische Produktion aktuell im Mai liefern will, wird sie vom Detailhandel in Konkurrenz mit dem Import aus Europa und Marokko gesetzt oder muss die Ware vernichten. Lokale Betriebe wollen auch Saisonarbeitern gerechte Löhne bezahlen, und die Investitionen in nachhaltigen Pflanzenschutz und Energie müssen sich lohnen. Das ist so nicht möglich.

Sie erinnern sich vielleicht an den Beitrag der "Tagesschau" vom 27. November 2022. Während zum Beispiel der Anbau und Konsum von Tomaten in den letzten dreissig Jahren zugenommen hat, ging beim Cicerino rosso beides zurück. Dieser kommt heute vor allem in der Verarbeitung und in der Gastronomie zum Einsatz und geniesst bereits ab dem 30. März einen Grenzschutz, obschon er in der Schweiz erst ab Mitte Mai geerntet wird. Das BLW muss jedes Jahr auf Antrag der

AB 2022 S 1307 / BO 2022 E 1307

Branche die freie Phase verlängern. Für Import und Gewerbe fehlt also die Planungssicherheit.





Die Stellungnahme des Bundesrates legt nahe, dass die Konsumentenpreise aufgrund der geforderten Anpassung steigen würden. Das greift zu kurz. Wenn über einen längeren Zeitraum kostendeckend produziert werden kann, wird dies auch positive Auswirkungen für die Konsumenten haben. Entscheidend für den Konsumentenpreis ist dann vor allem, wie hoch der Detailhandel die eigenen Margen ansetzt. Leider ist ein Kompromiss in der Branche gescheitert.

Im Grunde geht es um eine rein administrative Angelegenheit. Die Branche hat jedes Jahr die Möglichkeit, beim BLW mittels Einheitsantrag eine Aktualisierung zu beantragen. Da der Handel dies seit elf Jahren kategorisch ablehnt, sind auch den Bundesämtern die Hände gebunden. Die Produzenten suchten darum den Kompromiss in der Branche. Während die Produzenten mit dem Handel in den vergangenen drei Jahren intensiv nach Lösungen suchten und über faire Handelsbeziehungen für die Zukunft verhandelten, wurde Schweizer Ware mehrfach nicht übernommen und musste vernichtet werden; die Beispiele habe ich erwähnt. Trotz aller Bemühungen konnte leider keine Einigung gefunden werden. Der Handel bringt immer neue Bedenken an, welche nach eingehender Analyse nur durch eine Lösung auf Stufe Verordnung ausgeräumt werden können. Die einheimische Produktion ist vom heutigen Importsystem abhängig, aber ein gutes System muss leben und weiterentwickelt werden. Der Rahmen der internationalen Verpflichtungen ist unbedingt zu respektieren. Genau das und nicht mehr fordern die Produzenten und auch die vorliegende Motion. Mit einer Unterstützung der Motion baut das Parlament den Grenzschutz nicht aus, sondern es anerkennt die heutigen Entwicklungen und unterstützt die innovative und zukunftsgerichtete Produktion, welche sich nicht mit dreissigjährigen Standards zufriedengibt.

Wenn Sie Food Waste in der Gemüsebranche verhindern oder senken und gleichzeitig die inländische, nachhaltige Produktion stärken wollen, bitte ich Sie, meine Motion zu unterstützen.

Germann Hannes (V, SH): Ich habe keine Interessenbindung mehr. Ich war der Vorgänger von Werner Salzmann als Präsident der Gemüseproduzenten und in dieser Funktion der Nachfolger von Ueli Maurer. Und schon Ueli Maurer hat für diese Phasenausweitung gekämpft. Es ist also eigentlich alles gesagt, weshalb ich auch nicht länger werden muss.

Was mir aber am Herzen liegt und was ich festgestellt habe, ist, dass die Produktion wirklich enorme Fortschritte gemacht hat. Wir haben heute Morgen bei der Agrarpolitik darüber informiert, dass die Produktivität in der einheimischen Landwirtschaft gestärkt werden soll, um 50 Prozent, das ist in der Zielsetzung des Bundesrates festgehalten. Wie wollen Sie nun aber in einem Gewächshaus den Ertrag aus der Investition verbessern, wenn Sie die Produkte aus dem Gewächshaus nicht auf den Markt bringen können, weil der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist? Solche Dinge gehen einfach nicht. Das ist ein Anachronismus, und das verstehen die Leute auch nicht.

Und einfach ein kleiner Hinweis an die Handelsbranche, die teilweise versucht, das zu verhindern: Geworben – und die Werbung bestimmt immer mit! – wird mit einheimischen Familien, auch das Huhn, das das Ei abliefern, ist einheimisch. Hier sollten wir glaubwürdig sein.

Ich bitte Sie, diesem Vorstoss eine Chance zu geben, damit der Bundesrat einen Entwurf ausarbeiten kann, der massgeschneidert ist. Dann tragen wir den aktuellen Entwicklungen wirklich Rechnung und nutzen den Boden, der zur Verfügung steht, optimal aus.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: La motion prévoit de renforcer la protection douanière pour les légumes en raison, en particulier, des progrès réalisés dans les techniques culturales et des changements climatiques qui allongent les périodes favorables à la culture de légumes en Suisse.

La progression de la production suisse de légumes – plus de 33 pour cent pour les surfaces de légumes de plein champ et même de 65 pour cent pour les surfaces de serre en quelque trente années – a été soutenue par une protection douanière élevée. Renforcer encore cette protection serait une fausse incitation pour le développement futur de cette production.

L'augmentation de la protection douanière telle qu'elle est proposée dans la motion renchérirait les prix des légumes pour le consommateur, alors que la part de marché provenant de la production suisse en début et en fin de saison ne serait pas majoritaire. Or, le prix des légumes et des fruits en Suisse est déjà en moyenne 42 pour cent plus élevé que dans l'Union européenne. L'accroissement de cet écart serait problématique au regard du tourisme d'achat et irait à l'encontre des efforts pour favoriser une alimentation saine et équilibrée.

L'augmentation de la protection douanière implique également d'accroître l'administration du contingent tarifaire "légumes" de l'OMC. Elle entraînerait une augmentation de la charge administrative pour les entreprises. Concernant les thématiques du gaspillage alimentaire et de l'autosuffisance dans le contexte de la sécurité alimentaire évoquées dans la motion, il s'agit de problèmes qui, par leur ampleur, dépassent les cas particuliers



mentionnés dans la motion. Le Conseil fédéral a fait des propositions plus globales sur ces sujets dans son rapport en réponse au postulat 18.3829, "Plan d'action contre le gaspillage alimentaire".

En complément de l'avis du Conseil fédéral sur la motion, permettez-moi de vous rappeler que la Confédération soutient activement l'autosuffisance de la Suisse en denrées alimentaires par des mesures dans les domaines de la production et des ventes, des paiements directs, des améliorations structurelles ainsi que de la recherche et de la vulgarisation.

Au regard de ces différents arguments, le Conseil fédéral vous propose de rejeter la motion. Cependant, il n'exclut pas la possibilité que l'Office fédéral de l'agriculture examine de manière approfondie une modification de l'ordonnance sur l'autorisation des importations et la mette, le cas échéant, en consultation dans le cadre d'un train d'ordonnances sur la politique agricole. Si nous devons le faire, nous nous assurerions que, dans l'ensemble, la protection douanière pour les légumes frais ne soit pas renforcée et que le pouvoir d'achat soit maintenu. Les demandes d'allongement des périodes effectivement administrées pour certains légumes doivent être compensées ailleurs par des réductions de droits de douane. En outre, la compatibilité avec les engagements internationaux de la Suisse ainsi que les répercussions doivent être prises en compte dans la pesée des intérêts.

Je le répète, nous vous proposons de rejeter cette motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3928/5578)

Für Annahme der Motion ... 39 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

AB 2022 S 1308 / BO 2022 E 1308